

Jan-Otmar Hesse
Roman Köster
Werner Plumpe

Die große Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre

Fakultät für
**Kultur- und
Sozialwissen-
schaften**

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Inhalt	Seite
1. Verlauf der Weltwirtschaftskrise im Überblick	3
2. Die währungspolitischen Rahmenbedingungen der Weltwirtschaftskrise	13
3. Die Weltwirtschaftskrise in einzelnen Ländern:	
3.1. Deutsches Reich	31
3.2. England und Commonwealth	51
3.3. USA	62
3.4. Frankreich u. Goldblock	80
3.5. China – Silberwährungsländer	94
4. Die Weltwirtschaftskrise in der wirtschaftshistorischen Forschung	101

Vorwort

Durch die Finanzkrise seit 2008 rückte die Weltwirtschaftskrise wieder stärker in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Mit der Begründung, nicht denselben Fehler wie Heinrich Brüning machen zu wollen, ging die deutsche Bundesregierung nach Jahren der Etatkürzungen zu einer atemberaubenden Expansion des Staatshaushaltes über, zu Konjunkturprogrammen und Niedrigstzinsen. Auch in den USA berief sich die Obama-Regierung auf die Fehler der Hoover-Regierung vor 1932. Mit Ben Bernanke als Chef der amerikanischen Zentralbank und Christina Romer als Vorsitzende des wichtigsten wirtschaftspolitischen Beraterstabes des Präsidenten rangierten Wissenschaftler, die ihre Meriten mit der Erforschung der Weltwirtschaftskrise verdient hatten, im Zentrum der wirtschaftspolitischen Meinungsbildung. Die Weltwirtschaftskrise rückte durch die aktuelle Wirtschaftskrise zurück in den Mittelpunkt des wissenschaftlichen und politischen Interesses, nachdem es seit den 1980er Jahren – jedenfalls in Deutschland – recht still um die Thematik geworden war.

Der inmitten der letzten Konjunktur der Erforschung der Weltwirtschaftskrise verfasste ältere, in Umfang und Gliederung überzeugende Studienbrief von Dieter Lindenlaub musste angesichts dieser neuerlichen Konjunktur unweigerlich als nicht mehr zeitgemäß erscheinen, und so trat die Fernuniversität mit der Bitte an uns heran, diesen Text zu überarbeiten. Dies war allerdings keine leichte Aufgabe, denn Lindenlaubs Text stellt eine nur schwer zu verbessernde Urfassung dar, die nicht nur was die analytische Schärfe und die Berücksichtigung des Forschungsstandes, sondern insbesondere was die internationale Bandbreite betraf, vorbildlich war. Insofern entschlossen wir uns, keine Überarbeitung vorzunehmen, sondern einen neuen Überblick zu schreiben, der freilich in wichtigen Gesichtspunkten auf Lindenlaubs Text fußt und ihn insofern auch gar nicht ersetzen will.

Über sein Gerüst können und wollen wir mit diesem Studienbrief auch nur punktuell hinaus gehen, nämlich in den Punkten, in denen in den letzten fast dreißig Jahren neue empirische Erkenntnisse vorgelegt wurden. Die grundsätzlichen, zumindest teilweise kontroversen Großinterpretationen der Weltwirtschaftskrise als monetärer Schock, ideologisch verschuldetes Fehlverhalten der nationalen Wirtschaftspolitik und „realwirtschaftlichem“ Strukturbruch stehen dagegen auch heute noch unversöhnt in der Forschungslandschaft einander gegenüber; eine Lösung dieser Kontroversen will auch dieser Text nicht sein.

Jan-Otmar Hesse, Roman Köster und Werner Plumpe

Bielefeld, München und Frankfurt, Juli 2013

1 Einführung

1.1. Die Weltwirtschaftskrise als historisches Ereignis und konzeptionelles Problem

Als im Oktober 1929 in New York die Blase am Aktienmarkt platzte, ahnte zunächst kaum ein Betrachter, dass die bis auf den heutigen Tag tiefste Wirtschaftskrise ausbrechen würde, in deren Ergebnis sich das Antlitz der Weltwirtschaft, ja der Weltpolitik grundlegend verändern sollte. Die meisten Zeitgenossen gingen vielmehr davon aus, dass es sich um einen normalen wirtschaftlichen Abschwung handelte, ausgelöst und verstärkt durch das Ende einer spekulativen Blase. Dieses Ereignis war zweifellos bemerkenswert, zumal es die vermeintlich „goldenen zwanziger Jahre“ abrupt beendete und mit aus den Fenstern springenden Börsenhändlern auch spektakuläre Bilder lieferte. Aber das Ausmaß des konjunkturellen Einbruchs schien doch überschaubar, zumal es die Weltwirtschaft regional ganz unterschiedlich betraf. Das Jahr 1930 war wirtschaftlich schwierig, insbesondere in den USA und im Deutschen Reich ging die wirtschaftliche Gesamtleistung um mehr als fünf Prozent zurück, die Arbeitslosigkeit stieg und in manchen Branchen, insbesondere in der Landwirtschaft, waren die Zustände überaus negativ. Aber die Landwirtschaft war Kummer gewohnt; die gesamten zwanziger Jahre war sie von strukturellen Problemen (zu hohe Kapazitäten, niedriges Preisniveau) gequält worden, überhaupt schien ihre Bedeutung insgesamt zu schwinden. Andere Staaten hingegen wie Frankreich oder England, merkten 1930 die Krise noch kaum, die Sowjetunion und Japan waren nur am Rande betroffen und auch Italien, von der faschistischen Regierung zu einer durchgreifenden ökonomischen Modernisierung genötigt, schien sich der Krise weitgehend entziehen zu können. So war es nur naheliegend, dass die Regierungen weltweit auf die Krise daher nicht panisch, sondern eher traditionell im Sinne des wirtschaftlichen Liberalismus reagierten. Sie beschränkten die Staatstätigkeit, um den geringer werden finanziellen Spielräumen zu entsprechen. Ansonsten warteten sie darauf, dass die Krise sich von selbst erledigte. Abwartendes Verhalten war naheliegend, zumal die Probleme der internationalen Währungsordnung, die durch den Goldstandard bestimmt war, eine offensivere staatliche Haltung ohnehin nicht zuließen.

Anfang 1931 schien die Rechnung auch aufzugehen. Sowohl in der staatlichen Wirtschaftspolitik wie in zahlreichen privaten Unternehmen ging die Mehrzahl der Betrachter davon aus, die Krise sei im Wesentlichen überwunden und man könne mit einem erneuten Aufschwung in absehbarer Zeit rechnen. Die dramatische Zuspitzung der internationalen Finanz- und Währungskrise in den nächsten Monaten ließ diese Hoffnungen gegenstandslos werden. Das überaus störungsanfällige System der internationalen Währungsordnung, das komplizierte Problem der Reparationen bzw. der interalliierten Schulden und der damit verbundenen Ungleichgewichte in den globalen Finanz- und Kapitalströme sowie das politische Misstrauen der ehemaligen Kriegsgegner führten im Sommer 1931 zuerst zum faktischen Zusammenbruch des zentraleuropäischen Banken- und Finanzsektors und in der Folge des Goldstandards. Diese Ereignisse mündeten

wiederum in einem protektionistischen Wettlauf, in dessen Ergebnis der Welthandel ein weiteres Mal deutlich schrumpfte, nachdem ihm bereits zu Beginn der Krise verschiedene protektionistische Maßnahmen namentlich der US-Regierung zugesetzt hatten. Die wirtschaftlichen Daten verschlechterten sich im Gefolge der Währungs- und Finanzkrise und des Zusammenbruchs des Weltwährungssystems und des Welthandels nun weltweit drastisch; allein die Sowjetunion schien unbeschadet durch das wirtschaftliche Desaster zu kommen, während jetzt auch Länder wie England und Frankreich, die Niederlande und Belgien, die bisher einigermaßen zurecht gekommen waren, in den Strudel hineingezogen wurden.

Die sich weltweit zuspitzende Agrarkrise traf zudem nun auch die Gewinner der durch den Ersten Weltkrieg ausgelösten weltwirtschaftlichen Verschiebungen wie Argentinien, Australien oder Spanien überaus heftig. Im Winter 1931/32 erreichte die Krise folgerichtig ihren Tiefpunkt, deren trauriger Ausdruck Rekordarbeitslosenzahlen waren – in Deutschland gab es im Februar 1932 offiziell sechs Millionen Arbeitslose, von der verdeckten Arbeitslosigkeit zu schweigen. Diejenigen, die noch Arbeit hatten, arbeiteten oft kurz, die Löhne waren gesenkt und die staatlichen Transferleistungen für Erwerbslose drastisch eingeschränkt worden. Massenelend breitete sich in Deutschland, vor allem aber auch in den ländlichen Gebieten der USA aus – nun wurden auch die politischen Systeme mehr und mehr in Mitleidenschaft gezogen. Die bisher noch ohne größeren Widerspruch betriebene liberale Wirtschaftspolitik erschien als unfähig, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Staaten in den Griff zu bekommen.

1932 war insofern nicht nur das *annus horribilis* der Wirtschaft; auch die bisherigen Vorstellungen einer liberalen Wirtschaftspolitik, ja der Handlungsfähigkeit parlamentarischer Regierungen überhaupt gerieten weltweit in die Kritik. Der Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland war dabei in gewisser Hinsicht keine Ausnahme, sondern nur der spektakulärste Fall – mit freilich in jeder Hinsicht desaströsen Folgen. Diese Folgen blieben anderen Ländern erspart, auch wenn dort ähnliche antiparlamentarische und antiliberale Bewegungen an Raum gewannen, besonders ausgeprägt in Österreich und Südosteuropa; aber auch Frankreich experimentierte in den 1930er Jahren mit der „Volksfront“ und in Spanien und Portugal kamen Diktaturen an die Macht. Wie weit die amerikanische Regierung unter Franklin Delano Roosevelt als antiparlamentarisch bezeichnet werden kann, ist umstritten, doch suchte auch Roosevelt im New Deal einen neuen, direkten, das Volk mobilisierenden Politikstil, um genügend Momentum zur Überwindung der Krise an der als schwerfällig, ja handlungsunfähig erscheinenden parlamentarischen Prozedur vorbei gewinnen zu können. Lediglich Großbritannien, die Niederlande und einige skandinavische Staaten blieben gegenüber derartigen Verlockungen immun, die – das ist die Ironie – letztlich auch keine besseren Ergebnisse erzielten als ihre mehr liberal orientierten Vorgängerregierungen.

In der Mehrzahl der Staaten kam es nach 1932/33 zwar langsam zu einer wirtschaftlichen Erholung, aber der Aufschwung fiel vergleichsweise verhalten aus, zumal ihm die weltwirtschaftlichen Impulse fehlten. Denn an die Stelle des in der Krise zerbrochenen Goldstandards trat keine neue Weltwährungsordnung. Die Weltwirtschaft verharrte vielmehr in wirtschaftlich gegeneinander abgeschotteten

Welt- und Zollblöcken und der Welthandel schrumpfte weiter. Entsprechend blieb in der Mehrzahl der Länder die Arbeitslosigkeit hoch. Allein Deutschland scherte aus diesem Muster eines nur schleppenden Aufschwungs aus. Schon 1936/37 war Vollbeschäftigung erreicht und auch die gesamtwirtschaftlichen Daten signalisierten, dass die große Krise überwunden war. Doch der Preis, den die deutsche Wirtschaft für diesen Erfolg zu zahlen hatte, war überaus hoch. Die nationalsozialistische Regierung hatte nach 1933 nicht nur die zaghaften Versuche ihrer Vorgängerregierungen, die Wirtschaft anzukurbeln, aufgegriffen, sondern durch Maßnahmen der Aufrüstung und der Kriegsvorbereitung massiv verstärkt. Es kam zu einer Rüstungskonjunktur, die in der Tat die globalen Daten rasch verbesserte, aber nicht auf Dauer angelegt war. Und vor allem: der Lebensstandard der Bevölkerung verbesserte sich kaum. Während die Auslastungsziffern der Wirtschaft anzogen, profitierte die Bevölkerung allein von den nun wieder längeren Arbeitszeiten. Die Löhne blieben auf dem Krisenniveau gedeckelt. Auch die Güterversorgung wurde nicht besser, sondern verschlechterte sich im Zuge des Autarkiekurses, da der Import zahlreicher Produkte und Rohstoffe ganz unterbunden oder doch erheblich eingeschränkt wurde. So war auch Deutschland keineswegs eine Ausnahme: Die Weltwirtschaftskrise war – in wesentlichen Punkten zumindest – bis 1939 nicht ausgestanden. Erst der Krieg änderte die Lage, dann allerdings radikal.

1.2 Wirtschaftskrisen als Problem der Wissenschaft, der Politik und der Wirtschaftsgeschichtsschreibung

Dass die Weltwirtschaftskrise die Wirtschaftspolitik in der Mehrzahl der Länder „auf dem falschen Fuß“ erwischte, war nicht allein das Ergebnis politischer Versäumnisse, wirtschaftstheoretischer Naivität oder unglücklicher Umstände; es entsprach auch der noch verbreiteten Vorstellung, der ökonomische Prozess selbst entziehe sich staatlicher Steuerung. Diese Vorstellung, wenn auch seit dem Weltkrieg bereits stark in der Defensive, war zumindest bei Ausbruch der Krise noch feste Überzeugung der Mehrzahl der Wirtschaftspolitiker, zumal Instrumente zur gezielten Steuerung des ökonomischen Prozesses bis dato kaum existierten. Die Auffassung entsprach freilich auch tieferliegenden, längerfristigen Überzeugungen von den „Selbstheilungskräften“ der Wirtschaft, ihrer inneren Tendenz zu gleichgewichtiger Entwicklung. Diese bildete geradezu das Credo des modernen Kapitalismus und seiner theoretischen Fassung, der sich ja gegen eine staatlich geleitete und weitgehend gebundene Wirtschaft überhaupt erst hatte durchsetzen müssen. Denn im 18. Jahrhundert, der Phase der Entstehung des modernen Kapitalismus und der Sattelzeit der modernen ökonomischen Semantik, war der Staat zwar stark, aber die dadurch geprägte ökonomische Realität alles andere als klar, vernünftig und effizient. Im alten Europa herrschte vielmehr ein wirtschaftlicher Flickenteppich, gewebt aus unterschiedlichen Bestandteilen: Es gab gelegentlich freie Märkte und freie Städte, doch die große Masse der wirtschaftlichen Handlungen erfolgte gebunden und unterlag zum Teil scharfen obrigkeitlichen Restriktionen. Diese folgten nur sehr selten klaren wirtschaftlichen Überlegungen; vielmehr reflektierten sie eine bunte Mischung aus lokalen und regionalen Interessen, obrigkeitlichen Vorbehalten, moralischen Regeln, sozialen Exklusivrechten und schlichtem Unwissen, das durch die, dem

eigenen Selbstverständnis nach, eudämonische Tätigkeit der jeweiligen Regierungen mehr schlecht als recht zusammengehalten wurde. Entsprechend waren die Ergebnisse. Die wirtschaftliche Leistung schwankte stark, Wetter- und Klimaschwankungen hatten zumeist verheerende Folgen, die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen war alles andere als konstant, die ärmeren Schichten der Bevölkerung lebten an, wiederholt auch unterhalb der Existenzschwelle. Entsprechend stark war im 18. Jh. die Kritik an der hergebrachten Organisation der Wirtschaft, an der zumeist vorherrschenden merkantilistischen Wirtschaftspolitik, ihren Verboten und Geboten, der Privilegienpolitik und der oft nicht mehr begreifbaren Vorschriften wie Polizeyordnungen oder Exportverboten, die längst jeden Sinn eingebüßt hatten.

Die Kritiker der alten Ordnung, deren bekannteste aus den Kreisen der französischen Physiokraten und der schottischen Moralphilosophen kamen, beließen es indes nicht dabei, die mangelnde Vernunft des obrigkeitlichen Handelns anzuprangern. Sie setzten dem vermeintlichen Chaos des Merkantilismus die wohlgeordnete Welt einer Wirtschaft entgegen, die nach Vernunftregeln funktionieren und die Widersprüche und Hemmnisse der Politik des Ancien Regime vermeiden würde. Diese aus der Kritik der Zustände geborenen Gegenentwürfe waren alles andere als Werbetexte für den sich nach und nach entfaltenden Kapitalismus, von dem weder Francois Quesnay noch Adam Smith bereits eine zureichende Vorstellung besaßen. Sie gingen vielmehr davon aus, dass in einer den Grundsätzen der Vernunft, wie die Aufklärung diese verstand, folgenden Wirtschaft sich zugleich eine deutliche Steigerung der Leistungsfähigkeit wie eine sich stets erneut einstellende Gleichgewichtigkeit des wirtschaftlichen Prozesses ergeben würde. Störungen der wirtschaftlichen Entwicklung erschienen in dieser Sicht als Folgen unvernünftigen Handelns oder von – letztlich unberechenbaren – Effekten wie Klima und Wetterschwankungen; eine zur Zeit der Entstehung der klassischen Texte der politischen Ökonomie überaus plausible Überlegung, waren die regelmäßig wiederkehrenden Krisen doch in der Tat zumeist Folgen von schlechten Ernten, Kriegen oder geradezu widersinnigen ökonomischen Vorschriften. Adam Smith' Buch vom Reichtum der Nationen ist insofern und vor allem ein Kaleidoskop der „unvernünftigen“ Welt seiner Zeit.

Auf diese Weise entstand die Vorstellung, sei die Wirtschaft nur vernünftig organisiert, komme zumindest in ökonomischer Hinsicht Harmonie in die Welt, als eine Art Beiprodukt der Aufklärung, das von hier aus dann zu einem dauernden Bestandteil des ökonomischen Denkens und der liberalen ökonomischen Theorien wurde. Störungen des wirtschaftlichen Ablaufes, also das, was wir Krisen zu nennen gewohnt sind, waren in dieser Sicht, wie sie Jean Baptiste Say und John Stuart Mill formulierten, jederzeit möglich, aber keine Erscheinungsform der Wirtschaft selbst, sondern Folge unvorhergesehener Ereignisse oder fehlerhafter politischer Interventionen. Diese Harmonie- oder Gleichgewichtsvorstellung beinhaltete dabei nicht unbedingt die Überzeugung, ökonomisches Gleichgewicht bewirke auch sozial zustimmungsfähige Verhältnisse. Hier war die klassische ökonomische Theorie sogar eher skeptisch. Insbesondere David Ricardo glaubte aufgrund der Beschränktheit der für Lohnzahlungen verfügbaren Kapitalfonds werde sich eine dauerhafte Verbesserung der Lage der Arbeiter kaum erreichen lassen; aber für die Funktionsweise der Ökonomie hätte man dieses Argument nicht akzeptiert.

Radikal formulierte das der Manchesterliberalismus: Ein Eingreifen in den wirtschaftlichen Prozess aus sozialen Gründen führe im schlimmsten Fall zu einer Erlahmung der wirtschaftlichen Kräfte und sei daher sogar aus sozialen Gründen abzulehnen!

Die ökonomische Wirklichkeit des neuen, des kapitalistischen 19. Jahrhunderts sah indes anders aus. Der ökonomische Prozess schwankte offenbar und wirtschaftliche Krisen mit sinkender Gesamtleistung, Absatzschwierigkeiten, fallenden Preisen und steigender Arbeitslosigkeit waren keineswegs Ausnahmen. Im Gegenteil: spätestens seit der Jahrhundertmitte war die Regelmäßigkeit dieser Auf- und Abschwünge offensichtlich. Der erste Beobachter, der diese Erscheinungen systematisierte, war der französische Arzt Clement Juglar in den 1860er Jahren, der zudem glaubte einen festen zeitlichen Rhythmus von Aufschwung und Depression feststellen zu können. Wachstums- bzw. Krisenzyklen von etwa 8jähriger Länge hat auch die spätere wirtschaftshistorische Forschung festgestellt. Zwar schwankten im Laufe des 20. Jahrhunderts die Zykluslängen, doch haben sich Juglars Annahmen bis in die Gegenwart als stichhaltig erwiesen. Die wirtschaftliche Entwicklung im Kapitalismus verläuft nicht gleichförmig und unterliegt lediglich extern ausgelösten Schwankungen, sondern ist durch einen wiederkehrenden Zyklus von Aufschwung, Boom, Abschwung und Depression gekennzeichnet, wobei sich für die Phasen von Abschwung und Depression umgangssprachlich der Begriff der Krise einbürgerte, im Übrigen bereits seit dem späten 18. Jahrhundert.

Eine Theorie der zyklischen Entwicklung, eine „Krisentheorie“, legte Juglar aber noch nicht vor. Das tat erst Karl Marx, zumindest lieferte er dafür Bausteine, denn sein eigentliches ökonomisches Hauptwerk erschien zunächst nur bruchstückweise. Erst sein enger Freund Friedrich Engels sollte die entsprechende Bände 2 und 3 des Kapitals fertigstellen. Nach Marx waren die wiederkehrenden zyklischen Krisen Überproduktionserscheinungen: Im Aufschwung weiten alle Kapitalisten in Erwartung großer Chancen den Kapitalstock und die Produktion aus, was solange stimulierend wirkt, bis die dann mögliche vermehrte Produktion auf die weiterhin beschränkte, zumindest aber langsamer wachsende Nachfrage trifft. Die Kapitalisten haben Probleme, den produzierten Mehrwert zu realisieren, ein harter Konkurrenzkampf mit sinkenden Preisen setzt ein, in dem schließlich ein Teil der Kapitalisten den vorher produzierten Mehrwert nicht mehr realisieren kann und bankrott geht. Dadurch sinken Kapitalstock und Produktionsmenge so, dass schließlich wieder ausreichend kaufkräftige Nachfrage existiert, so dass der Prozess von vorne beginnt. Das erklärt die zyklischen Schwankungen, doch Marx unterstellte einen sich verschärfenden Prozess, in dem sich im Laufe der Zeit die organische Zusammensetzung des Kapitals (Verhältnis von fixem zu variablem Kapital) so ändern muss, dass die Mehrwert-, bzw. Profitraten sinken, die Krisen immer tiefer und schärfer werden, und der Kapitalismus schließlich an seiner inneren Widersprüchlichkeit zwangsläufig zugrunde geht.

Dieser Niedergangsprozess nun fand aber in der Realität, obwohl ihn Marx bis zur ersten Weltwirtschaftskrise von 1857 stets sehnsüchtig erwartete, nicht statt. Zwar war in wirtschaftlicher Hinsicht die Zeit vor 1848 problematisch, doch danach setzte weltweit ein Aufschwung ein, der alle bisher bekannten wirtschaftlichen Erfolge verblässen ließ. Marx hatte offensichtlich den technischen Wandel völlig unterschätzt; mochte sein Schema auch für die Herstellung bestimmter Produkte

zutreffen, so setzte doch mit neuen Produkten und neuen Produktionsverfahren der ganze Vorgang wieder von vorne an. Solange es der kapitalistischen Wirtschaft daher gelang, innovativ zu bleiben, beschrieb der Marx'sche Krisenmechanismus eben nur einen Teil des zyklischen Wandels. Die – wie Marx sagte – liberale bürgerliche Ökonomie teilte den Pessimismus des Londoner Bibliothekshockers, von dem sie ohnehin nicht viel mitbekam, daher keineswegs. Selbst die erneut schwierigen Jahre zwischen 1873 und 1895 beraubten die wesentlichen ökonomischen Denker nicht ihres Optimismus bezüglich der inneren Tendenz der Ökonomie zu gleichgewichtiger Entwicklung. Diesen glaubte man jetzt im Zuge der marginalistischen Wende mit mathematischen Formeln zwingend zeigen zu können – immer vorausgesetzt natürlich, dass die Wirtschaft sachgerecht behandelt werde. Und erneut war es ein langer wirtschaftlicher Aufschwung zwischen 1895 und 1914, der die Überzeugung festigte, Krisen seien eine Art Kinderkrankheit des Kapitalismus gewesen, die der entfaltete und reife Kapitalismus hinter sich gelassen habe. Die durchaus vorhandenen Störungen und Schwankungen wurden auf Fehler der Politik zurückgeführt, nicht zuletzt auf fehlerhaftes Verhalten der Zentralbanken, die mit ihrer Zinspolitik viel Unheil anrichten konnten. Aber insgesamt glaubte man an die Beherrschbarkeit dieser Phänomene, zumal auch den weiterhin auftretenden Schwankungen sogar noch etwas Positives abgewonnen werden konnte: Sie seien letztlich so etwas wie Reinigungskrisen, die in wirtschaftlicher Hinsicht die Böcke von den Schafen trennten.

Ob dieses optimistische Szenario ohne den Weltkrieg erschüttert worden wäre, sei dahingestellt. Der Krieg, mehr aber noch seine Folgewirkungen zerstörten auch die Rhythmen der Weltwirtschaft nicht; aber die Ausschläge wurden tiefer und die sozialen Konsequenzen der Krisen nahmen bedrohliche Ausmaße an. In diesem Kontext sprengte die 1929 ausbrechende Wirtschaftskrise das bisherige Wissen von der Bedeutung krisenhafter Prozesse vollständig. Denn sie schien über das eigentliche ökonomische Geschehen hinaus eine tiefe Verunsicherung des bis dahin vorherrschenden ökonomischen Denkens, im Grunde seine weitgehende Zerstörung, zumindest aber dessen Delegitimierung zu markieren. Mehr noch, sie erweckte den Eindruck, als sei es gerade diese „falsche“ Vorstellung vom sich automatisch bildenden wirtschaftlichen Gleichgewicht gewesen, die die Tiefe und Dauer der Krise bedingt hätte. Die Krise wurde auf diese Weise zu einem Ereignis der Politik – und der die Politik jeweils begleitenden und beratenden ökonomischen Theorie. Ben Bernanke, der derzeitige Chef der amerikanischen Federal Reserve Bank, nannte die Große Depression gar den „heiligen Gral“ der Volkswirtschaftslehre, dessen Verständnis erst das Begreifen der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge und damit die Ausarbeitung effektiver politischer Strategien ermögliche. Und auch wenn Bernanke keineswegs aus der Schule des englischen Ökonomen John Maynard Keynes kommt, hätte ihm dieser „Großmeister“ des ökonomischen Denkens weitgehend zugestimmt. Die Weltwirtschaftskrise war der empirische Fall, durch den Keynes' Allgemeine Theorie erst ihre Stichhaltigkeit erwies.

John Maynard Keynes und sein Werk sind daher in gewisser Hinsicht ebenso Krisenphänomene wie der Einbruch beim Bruttoinlandsprodukt oder die horrenden Arbeitslosenziffern. Denn nach Keynes' Vorstellung, die in der Krise ausgearbeitet und 1936 als großer Wurf der Öffentlichkeit präsentiert wurde, zeigte die Tiefe der Krise gerade, dass es keine automatische Rückkehr zum

wirtschaftlichen Gleichgewicht gab, wie die liberale Wirtschaftstheorie unterstellte, sondern dass Umstände eintreten konnten, unter denen sich Ungleichgewichte etwa auf dem Arbeitsmarkt, also hohe Arbeitslosigkeit, verdauerten. Die allgemeine Gleichgewichtstheorie reiche mithin zur Beschreibung und Beherrschung ökonomischen Wandels nicht aus; sie sei um eine Theorie des Ungleichgewichtes und um eine politische Konzeption der Wiederherstellung gleichgewichtiger Zustände zu ergänzen. Keynes führte die Tiefe der Krise darauf zurück, dass in bestimmten Situationen die wirtschaftlichen Akteure gerade das nicht taten, was die liberale Gleichgewichtstheorie als automatisch unterstellte, nämlich zu investieren und zu konsumieren. Angesichts schlechter Zukunftserwartungen hielten Unternehmen und Konsumenten ihr Geld zurück; die Folge waren eine zu geringe Auslastung der Produktionsfaktoren, Arbeitslosigkeit und sich weiter verschlechternde Erwartungen. Eine staatliche Politik, angelegt in der Tradition der liberalen Theorie, die auf die Krise durch Zurückhaltung und Anpassung des Staatshandelns an die schrumpfenden finanziellen Spielräume reagierte, musste in dieser Sicht die Krise verschärfen – genau das Gegenteil war nötig. Der Staat sollte, so Keynes Forderung, in der Krise expansiv handeln, um das „Versagen“ der Marktteilnehmer so lange zu kompensieren, bis ein neuer Aufschwung eingesetzt hatte, der dem Staat dann die Möglichkeit gab, seine Aktivitäten wieder zu reduzieren. Diese Auffassung ist nicht unwidersprochen geblieben; seit den 1950er Jahren, verbunden insbesondere mit den Namen Milton Friedman und Anna J. Schwartz, wird konkurrierend zu Keynes weniger in allgemeinen Fehlern der staatlichen Wirtschaftspolitik, als vielmehr in geldpolitischen Versäumnissen der amerikanischen Notenbank die eigentliche Krisenursache gesehen. Letztlich wird hier dem deflationären Kurs der FED im Rahmen des Goldstandards, der in der Krise noch verschärft wurde, die Schuld am Desaster der Weltwirtschaftskrise gegeben.

Spätestens mit den krisentheoretischen Arbeiten von John Maynard Keynes war die alte, für den Liberalismus (zumindest seinem Selbstverständnis nach) konstitutive Trennung von Politik und Ökonomie Vergangenheit. Dieser Sachverhalt trifft freilich auch für die monetaristische Position von Milton Friedman und Anna Schwartz zu. Das wirtschaftspolitische Handeln des Staates bzw. das geld- und währungspolitische Regime der jeweiligen Notenbanken hatten ihre Unschuld verloren; sie spielten für Wirtschaftskrisen offenbar eine zentrale Rolle – und insofern hing es auch vom Staat bzw. den Notenbanken ab, wie tief und dauernd die Krisen verliefen. Doch wäre es ein Trugschluss, allein bei John Maynard Keynes und Milton Friedman einen mit der Weltwirtschaftskrise sich vollziehenden Bruch zur älteren liberalen Tradition zu vermuten. Auch in der liberalen Tradition selbst gab es Stimmen, die einen Neuanfang verlangten. Der Begriff des „Neoliberalismus“ wurde zwar erst 1938 auf einer Konferenz in Paris zum Sammlungsbezug einer bestimmten Variante der ökonomischen Wissenschaft. Doch worum es ging, war schon im Laufe der Weltwirtschaftskrise klar zu Tage getreten. Insbesondere in Deutschland wurden bereits Ende der 1920er Jahre Stimmen laut, die mit der bisherigen Praxis der kapitalistischen Entwicklung und der sie begleitenden und rahmenden staatlichen Wirtschaftspolitik hart ins Gericht gingen. Die „Vertristung“ der Wirtschaft, die Aushebelung der Marktkräfte und die Handlungsunfähigkeit durch Interessengruppen überformter Parlamente hätten zu einem umfassenden Marktversagen geführt. Es komme darauf an, durch einen handlungsfähigen Staat

eine funktionierende Marktordnung zurückzugewinnen (Ordoliberalismus) und im Zweifel gegen die widerstrebenden Individualinteressen der Marktteilnehmer durchzusetzen und zu behaupten. Erst im Rahmen einer gesicherten Marktordnung könnten dann die Regeln des „freien Spiels der Kräfte“ ihre gleichgewichtsschöpfende Funktion wahrnehmen.

Für eine historische Betrachtung sind diese Theorien, die ja selbst Gegenstand dessen sind, zu dessen Betrachtung sie erhellend beitragen sollen, nur bedingt geeignet. Denn je nach der „Richtung“, für die man sich entscheidet, erhält man auch die entsprechenden Ergebnisse, sei es einer verfehlten staatlichen Wirtschaftspolitik, sei es die einer unzureichenden Geld- und Währungspolitik, sei es schließlich die Kritik an einer praktischen Marktordnung, in der die Funktionsweise der Märkte, insbesondere ihre ausgleichende Funktion, aufgrund der Vermachtung von Strukturen nicht mehr funktioniert. Historisch lassen sich für alle theoretischen Annahmen empirische Hinweise finden, so dass alle Annahmen einen Aspekt oder Ausschnitt angemessen beschreiben, andere hingegen nicht erfassen bzw. zu Unrecht vernachlässigen. Insofern sind keynesianische, monetaristische oder ordolibere Krisentheorien und -erklärungen hilfreich, wie auch die durch diese konkurrierenden Ansätze lange geprägten wirtschaftshistorischen Debatten zeigen (siehe Kapitel vier dieses Studienbriefs), letztlich aber unzureichend. Ein volles historisches Verständnis ermöglichen sie nicht. Dieses ist nur möglich, wenn man das Krisengeschehen anders auffasst. In den oben vorgestellten, eng im Zusammenhang mit der Krise geprägten Konzepten erscheinen diese als etwas Vermeidbares, die richtige Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik vorausgesetzt. Geht man jedoch mit dem österreichisch-amerikanischen Ökonomen Joseph A. Schumpeter davon aus, dass Krisen nicht ein vermeidbares Übel, sondern die Form sind, in der sich kapitalistischer Strukturwandel vollzieht, gewinnt man eine freiere Perspektive. Hier ist man nicht mehr gezwungen, eine Theorie einer besseren Wirtschaftspolitik vorzulegen, sondern kann jede Krise als ein zugleich allgemeines Phänomen des wirtschaftlichen Strukturwandels wie ein je besonderes historisches Ereignis behandeln. Wirtschaftskrisen haben dann (ganz ähnlich wie im übrigen die mit ihnen eng korrespondierenden Aufschwung- und Boomphasen) einen doppelten Charakter: sie sind zum einen Ausdruck der regulären Schwingungen des kapitalistischen Prozesses, deren jeweilige Ausformung aber immer zugleich auch ein konkretes, vor allem aber komplexes historisches Phänomen darstellt, das sich nur sehr begrenzt konzeptionell fassen lässt. Das lohnt einen, wenn auch kurzen Blick, auf die Annahmen von Joseph A. Schumpeter.

Für Schumpeter war die Weltwirtschaftskrise von 1929 in der Tat eine schwere Krise – den Krisenbegriff verwendete Schumpeter allein bei grundlegenden Änderungen der wirtschaftlichen Entwicklungen, während er ihn bei den wiederkehrenden Konjunkturschwankungen nicht benutzen wollte, sondern von „Business Cycles“ oder „Konjunkturzyklen“ sprach. Die Schwere der Krise ergab sich durch das Zusammentreffen verschiedener Zyklen an ihrem Tiefpunkt, was in einer Art kumulativem Effekt das besondere Ausmaß dieses Zusammenbruchs erklärte, so Schumpeter. Im Gegensatz zur ökonomischen Theorie seiner Zeit und im Gegensatz auch zu John Maynard Keynes ging Schumpeter nicht von gleichgewichtstheoretischen Annahmen aus. Gleichgewichte hielt er für sinnvolle theoretische Figuren, um Teile des ökonomischen Wandels zu erklären, nicht aber

für eine stichhaltige Beschreibung dieses Wandels. Im ökonomischen Prozess seien Gleichgewichte bestenfalls zufällig und kurzfristig möglich, ansonsten der stete Wechsel und die dauernde Schwankung die Regel. Diese Schwankungen verliefen nun aber nicht willkürlich, sondern unterlagen Rhythmen, die sich nicht allein aus den Juglar'schen Zyklen heraus begreifen ließen. Denn es handelte sich ja nicht um die „Wiederkehr des immer Gleichen“, sondern die Schwankungen waren Erscheinungsformen von, wie Schumpeter sagte, wirtschaftlicher Entwicklung, die ihrerseits längeren Veränderungszyklen unterlag, abhängig von bestimmten Basisinnovationen, die für eine Zeit das Milieu der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmten. Nach Schumpeter unterlag der wirtschaftliche Strukturwandel daher einer mehrfachen Bewegung: zunächst gab es, von grundlegenden Innovationen abhängig, lange Wellen der Entwicklung, geprägt jeweils durch längere Aufschwung- und nach Auslauf der positiven Energie der Innovation auch längere Abschwungphasen, sodann in diesem Rahmen kürzere Schwankungen des Juglar'schen Typs und letztlich kurze Lagerhaltungszyklen, bekannt auch als Kitchin-Zyklen. Die langen Wellen, benannt nach dem russischen Ökonomen Nikolai Kondratiew, bestimmten das jeweilige Wachstumsmilieu, die Juglar- und Kitchin-Zyklen die kürzeren Zyklen, in denen sich die langfristige Entwicklung entfaltete. Nach Schumpeters Beobachtungen war nun die Tiefe der Weltwirtschaftskrise die Folge des Zusammentreffens bzw. des Zusammenwirkens von mehreren Abschwungphänomenen: 1929 fiel der Wendepunkt eines Juglar-Zyklus in den Tiefpunkt einer Kondratiew'schen langen Welle, was sich gegenseitig zu der dann feststellbaren Tiefe der Krise verstärkte. Schumpeter war, das folgt aus diesen Annahmen unmittelbar, gegenüber den Möglichkeiten staatlicher Wirtschaftspolitik, diese Zyklen zu beeinflussen, mehr als skeptisch. Mit praktischen Ratschlägen hielt er sich daher, anders als der gleichaltrige John Maynard Keynes, bewusst zurück. Es dürfte hier auch der Grund liegen, warum Keynes' Texte in den Jahren nach der Krise von den Studenten der Wirtschaftswissenschaften weltweit geradezu sehnsüchtig erwartet wurden, während Schumpeters umfängliche Ausarbeitungen zum Konjunkturzyklus bestenfalls am Rande wohlwollende Erwägung fanden. Die Welt wollte Erklärungen, vor allem aber Rezepte, die Schumpeter, realistisch wie er war, nicht bieten konnte. Dafür lieferte er ein besseres Krisenverständnis, das zumindest heute, bei der historischen Betrachtung der Weltwirtschaftskrise, sich als überlegen erweist.

1.3. Zur Gliederung des Textes

Der folgende Text beginnt mit einem Überblick über die Funktionsweise des internationalen Währungssystems zur Zeit der Weltwirtschaftskrise. Dies ist nicht bereits als eine Beurteilung misszuverstehen, dass die monetären Kräfte die Krise verursacht haben. Vielmehr ging es uns darum, die Mechanismen der globalen Verknüpfung von Krisen gleich zu Beginn zu schildern, die national durchaus sehr unterschiedliche Ursachen gehabt haben können. Diese nationalen Krisenverläufe bilden die Organisationsstruktur des anschließenden Hauptteils. Auch diese nationalstaatlich geordnete Schilderung soll wiederum nicht als Behauptung verstanden werden, dass die Weltwirtschaftskrise letztlich die zufällige Summe nationaler Wirtschaftskrisen darstellte – nichts könnte falscher sein als das! Denn gerade in der Verknüpfung unterschiedlicher Krisen entfaltete

die Weltwirtschaftskrise ihre fatale ökonomische Wirkung. Die nationalstaatliche Organisation bot sich schon aus Gründen der Arbeitsverteilung auf drei Autoren an. Sie folgte aber auch einer darstellerischen Notwendigkeit. Die Landesgeschichten wurden dabei chronologisch nach dem Zeitpunkt geordnet, zu dem die Länder das System des Goldstandards bei festen Wechselkursen und voller Währungskonvertibilität verließen. Das Kapitel 4 greift die zum Teil sehr widerstreitenden Erklärungen der Weltwirtschaftskrise systematisch als eine Debattengeschichte auf.

1.4. Literatur

Bernanke, Ben S., *Essays on the great depression*, Princeton 2000

Clavin, Patricia, *The Great Depression in Europe 1929-1939*, New York 2000

Eichengreen, Berry, Temin, Peter, *The Gold Standard and the Great Depression*. Working Paper 6060 des NBER, Juni 1997

Eichengreen, Berry, *Golden Fetters: The Gold Standard and the Great Depression*, New York 1992

Friedmann, Milton, Schwartz, Anna J., *A Monetary History of the United States*. Princeton 1963

Galbraith, John Kenneth, *Der große Crash 1929. Ursachen, Verlauf, Folgen*, München 2009 (4. Aufl.)

James, Harold, *Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936*, Stuttgart 1988

James, Harold, *The end of globalization. Lessons from the Great Depression*, Cambridge 2001³

Kindleberger, Charles P., *Die Weltwirtschaftskrise*. Bd. 4 der *Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert*, München 1973

Krüdener, Jürgen von (Hg.), *Economic Crisis and Political Collapse. The Weimar Republic 1924-1933*, Oxford 1990

Petzina, Dietmar, *Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit*, Wiesbaden 1977

Plumpe, Werner, *Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart*, München 2012

Schivelbusch, Wolfgang, *Entfernte Verwandtschaft. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal 1933-1939*, München 2005

Ziebura, Gilbert, *Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch*, Frankfurt am Main 1984